

Antrag

der Abgeordneten Siegbert Droese, Dr. Harald Weyel, Lars Herrmann, Corinna Miazga, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Albrecht Glaser, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Martin Hebner, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Beatrix von Storch und der Fraktion der AfD

Privilegierte Partnerschaft statt Vollmitgliedschaft – EU-Erweiterungspläne für den Westbalkan überdenken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Kommission plant, ab 2025 sechs Länder des Westbalkans (Albanien, Nord-Mazedonien, Serbien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina) schrittweise in die EU aufzunehmen. Die besten Chancen haben dabei Nord-Mazedonien, Montenegro und Albanien. Bei Serbien und Kosovo besteht als Haupthindernis die Nichtanerkennung des Kosovo durch Serbien und andere EU-Staaten (u. a. Spanien, Rumänien, Zypern). Bosnien-Herzegowina besitzt nur sehr geringe Aussichten, vor 2030 in die EU aufgenommen zu werden.

Begründet werden die EU-Pläne der Aufnahme mit geostrategischen und wirtschaftlichen Aspekten sowie mit Aspekten von Migration und Auswanderung. Die EU sieht so die Gefahr eines immer größeren Einflusses Russlands, der Türkei und Chinas auf dem Westbalkan, falls die EU-Beitrittsverhandlungen scheitern oder sich sehr verzögern sollten.

Alle Berichte der Venedig-Kommission, alle Berichte zum Sachstand in den einzelnen Ländern sowie zahllose Tagungen und Konferenzen kommen zum Ergebnis, dass es in allen Ländern des Westbalkans (und des übrigen Balkans) erhebliche Defizite in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Korruption, Menschenrechte, organisierte Kriminalität, wirtschaftliche Strukturprobleme, Probleme der Infrastruktur und der parlamentarischen Demokratie existieren.

Dennoch möchte die Europäische Kommission im Jahre 2019 offiziell die Beitrittsverhandlungen eröffnen, voraussichtlich zunächst mit Albanien, Montenegro und/oder Nord-Mazedonien.

Nach all den negativen Entwicklungen, u. a. im Rahmen des CVM-Mechanismus, in anderen Ländern des Balkans (Kroatien, Rumänien, Bulgarien) vor und nach dem EU-Beitritt erscheint es sinnvoll, über Alternativen einer Vollmitgliedschaft nachzudenken.

Die Kooperationsmodelle (Schweiz, Norwegen) begründen eine sachliche und konkrete Überarbeitung des bisherigen Modells „Vollmitglied“ für die Kandidaten vom Westbalkan.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ernsthaft und auf der Grundlage ihrer eigenen Sachstandsberichte alternative Formen zur Einbindung des Westbalkans in den EU-Rahmen zu überdenken;
- eine faktenbasierte Analyse der wirtschaftlichen Voraussetzungen der Westbalkankandidaten durchzuführen mit dem Ziel einer Überprüfung des „europäischen Mehrwertes“ im Falle der Aufnahme von Staaten des Westbalkans;
- eine ungeschönte Analyse der juristischen Voraussetzungen zur EU-Mitgliedschaft vorzunehmen, auch im Vergleich zu bereits aufgenommenen Staaten vom Balkan;
- vergleichsorientiert darüber nachzudenken, welche Auswirkungen eine Aufnahme von Westbalkanstaaten haben könnte bezüglich des Abstimmungsverhaltens in der EU (auf der Basis einer „qualifizierten Mehrheit“ oder nicht);
- grundsätzlich zu überprüfen, ob die EU mit ihren aktuellen massiven Problemen in allen Bereichen mit einer weiteren Erhöhung der Mitgliederzahl nicht überfordert wäre.

Berlin, den 6. Mai 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die EU befindet sich aktuell in einer schweren Krise, und zwar auf allen Gebieten. Keine der zentralen Fragen ist auch nur annähernd gelöst: Eurokrise, Migrationskrise, große Differenzen in Ost- und Westeuropa bzgl. des Rechtsstaats, regionale Strukturunterschiede, soziale Probleme.

In dieser dramatischen Situation sehen es die Antragsteller mit Sorge, dass die Europäische Kommission plant, weitere Länder in die EU aufzunehmen. Die ohnehin aufgeblähte EU der 27 (28) könnte mit weiteren sechs neuen Mitgliedern an die Grenze von Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit gelangen. Dies gilt umso mehr hinsichtlich neuer Mitglieder im Euroraum sowie im Schengen-Raum.

Die Begründung der EK, die Länder des Westbalkans müssten aus geostrategischen Gründen in die EU aufgenommen werden, ist aus Sicht der Antragsteller nicht nachvollziehbar. Sieht man ernsthaft einen massiven Einfluss Russlands auf dem Balkan, so erscheint hier der Beitritt zur NATO ausreichend und nicht gleichzeitig ein Beitritt zur EU zwingend notwendig.

Die Begründung der EK, die Jugend des Westbalkans würde massenhaft auswandern, wenn die Länder nicht EU-Mitglieder würden, ist schon heute obsolet. Die Massenauswanderung der Jugend vom Balkan (wie von ganz Südeuropa) findet seit Jahren statt.

Die Begründung der EK, man müsse die Länder des Westbalkans aus wirtschaftlichen Gründen aufnehmen, erscheint ebenso nicht nachvollziehbar. Probleme der Infrastruktur, etwa der Bau fehlender Autobahnen, können außerhalb des EU-Rahmens realisiert werden. Chinesische oder türkische Firmen auf dem Balkan sind hier keine Bedrohung, sondern normale ökonomische Konkurrenten. Wir sehen keinen „europäischen Mehrwert“ bei der Aufnahme der Länder des Westbalkans, weder qualitativ noch quantitativ.

Die Begründung der EK, die aktuellen Probleme der Justiz und des demokratischen Parlamentarismus würden sich mit einem EU-Beitritt verbessern, ist auch nicht nachvollziehbar. Die Lage in Rumänien und Bulgarien zeigt das Gegenteil.

Die Antragsteller plädieren deshalb für ein grundsätzliches Überdenken der Westbalkan-Pläne der EU. Es ist nicht erklärbar, warum die EK, an der Spitze Kommissionspräsident Juncker, konkrete Jahreszahlen wie 2025 in den Raum stellt und somit Hoffnungen auf dem Balkan weckt, die aller Voraussicht nach nicht erfüllbar sind.

Die Antragsteller plädieren für das Modell „privilegierte Partnerschaft“ als temporäres Modell für die Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Kandidatenländern. Sollten sich die Voraussetzungen fundamental verbessern im Sinne der üblichen EU-Standards, könnten dann zügig EU-Beitrittsverhandlungen für eine Vollmitgliedschaft aufgenommen werden.

Die EU wird in den nächsten Jahren große Anstrengungen allein darauf verwenden müssen, die Folgen des Brexits (in welcher Form auch immer) auszugleichen. Ein dramatisches Problem ist ferner die makroökonomische und finanzpolitische Lage in Italien. Nach wie vor ungelöst sind die Eurokrise und die Sicherung der EU-Außengrenzen in effektiver Weise.

Aus diesem Grund sehen es die Antragsteller als dringend erforderlich an, über alternative Politikmodelle in der EU nachzudenken. Im Falle der Erweiterungspläne zum Westbalkan wäre eine „privilegierte Partnerschaft“ statt einer Vollmitgliedschaft ein erster sinnvoller und nachhaltiger Ansatz.

